

A N T R A G 4.11

eingebracht von SoHo-Wien

Betrifft: Gleich viel Recht für gleich viel Liebe

Noch immer werden lesbische, schwule, bisexuelle und Transgender-Personen und ihre PartnerInnen auch vor dem Gesetz diskriminiert. Um bei den bevorstehenden Nationalratswahlen ein Zeichen gegenüber der Community zu setzen, bringt die SoHo-Wien den nachstehenden punktuellen Antrag ein.

Der Wiener Landesparteitag fordert daher

- Umfassende rechtliche Anerkennung und Absicherung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften:

a) Gleichstellung gleich- und verschiedengeschlechtlicher Lebensgemeinschaften

b) Einführung einer standesamtlich „Eingetragenen Partnerschaft“ (EP) für Lesben und Schwule. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde bereits im April 2005 von der SPÖ im Parlament eingebracht.

Die EP ermöglicht Homosexuellen die Eintragung ihrer Partnerschaft und den Zugang zu den Rechten und Pflichten der Ehe, wobei entsprechend der europäischen Rechtsentwicklung die „Stief- und Fremdkindadoption“ auch in einer EP zu adaptieren und somit zu ermöglichen ist. Im Hinblick auf die weitere europäische Rechtsentwicklung mittelfristig die völlige Öffnung der Ehe für Homosexuelle.

- Ein Antidiskriminierungsgesetz zum umfassenden Schutz vor Diskriminierung auf Grund der sexuellen Orientierung in allen Lebensbereichen, also auch außerhalb des Arbeitsrechts, insbesondere im sonstigen Zivilleben (etwa bei Wohnungsvergabe oder beim Besuch von Lokalen bzw. Geschäften), in den Medien oder auch durch den Verhetzungsschutz im Strafrecht. Einrichtung einer bundesweiten Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen;
- Abschaffung des § 207b StGB – der „Ersatzbestimmung“ des menschenrechtswidrigen §209 StGB; strafrechtliche Entschädigungs- und Rehabilitationsmaßnahmen für Opfer des § 209 StGB und der anderen Strafbestimmungen gegen Homosexuelle;
- Anerkennung der NS-Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung im ASVG (Pensionszeiten); Wissenschaftliche Aufarbeitung der Verfolgung Homosexueller durch das NS-Regime; Rehabilitierung und Aufhebung der immer noch aufrechten NS-Unrechtsurteile; Errichtung eines Mahnmales für homosexuelle NS-Opfer;
- Ausbildungsmaßnahmen: Förderung universitärer Forschung bezüglich sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität; gleichwertige Vermittlung der Themen Homosexualität und Transsexualität im Rahmen des Aufklärungsunterrichts; kompetente Aufklärung öffentlich Bediensteter in ihrer beruflichen Aus- und Fortbildung unter

Einbeziehung homosexueller und transsexueller ExpertInnen; umfassende Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen zur Bekämpfung von Vorurteilen und Diskriminierung;

- Ermunterung und Förderung von deklarierten homo- oder bisexuellen, sowie transgender GenossInnen zur Kandidatur auf wählbaren Plätzen der SPÖ-Wahllisten auf allen Ebenen;
- sich der Thematik „Migration und Homosexualität“, sowie Transgender-Personen verstärkt anzunehmen und einen Katalog von Maßnahmen erarbeiten, welche zum Ziel haben, das Leben und Miteinander dieses Personenkreises in unserer Stadt zu verbessern.